

WEIL DIE ES NICHT MACHEN, MACHEN WIR'S DIE LETZTEN SECHS MONATE STILLSTAND

In genau sechs Monaten wird gewählt. Und die Koalitionsparteien schalten auf Wahlkampfmodus. Anders gesagt: CDU, CSU und FDP stellen den letzten Rest von Regierungshandeln ein. Es gilt der Grundsatz: Nichts bewegen – aber viel darüber reden, was man nach der Wahl machen könnte. 2013 ist für Deutschland ein verlorenes Jahr.

Viel hat die Merkel-Regierung in der gesamten Legislatur nicht geleistet. In Erinnerung bleibt lediglich die Korrektur beim zuvor gekippten Atomausstieg, die Mövenpicksteuer und das Betreuungsgeld. Ein halbes Jahr vor dem Wahltermin stellt Schwarz-Gelb jetzt aber die Arbeit komplett ein. Zuletzt im Koalitionsausschuss und bei den Verhandlungen zur Strompreisbremse. Dabei braucht Deutschland dringend Entscheidungen.

- **Koalitionsausschuss:** Eigentlich wollte Merkel das Treffen ganz absagen – **kommt ja eh nix bei raus**. Dabei waren beim letzten Schwarz-Gelb-Gipfel Ende Januar die wichtigen Themen Energiepolitik und Rente in Arbeitsgruppen verschoben worden. Ende Februar fiel der Termin aber aus und jetzt wollten CDU, CSU und FDP gar nicht mehr drüber reden. Einziges Ergebnis nun, Ende März: Managergehälter soll die Aktionärsversammlung festlegen. Das ist Murks, denn die meisten Anteilseigner sind institutionelle Anleger – und damit selbst Treiber von Gehalts- und Boni-Exzessen.
- **Energiegipfel:** Deutschland braucht die **Strompreisbremse**. Die Pläne von Merkels Umweltminister Altmaier hätten aber den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und damit auch Arbeitsplätze gefährdet. Darum boten SPD und Grüne an: die Entlastung der Verbraucher um rund 1,6 Milliarden Euro durch die Reduzierung der Stromsteuer. Eine Entscheidung gab es trotzdem nicht.
- **Luftblasen:** Stattdessen blüht die schwarz-gelbe Phantasie, was man zwar jetzt nicht macht, aber in Wahlprogramme schreiben könnte: Familiensplitting, zum Beispiel, die Abschaffung des Soli und vieles mehr. Gemeinsam ist allen Ideen: sie kosten viel – insgesamt rund 38 Milliarden Euro –, keine Gegenfinanzierung, kaum Nutzen für kleine und mittlere Einkommen. Und vor allem: **Nicht jetzt, erst nach der Wahl**. Dabei könnte die Koalition manches sofort entscheiden – sogar mit Zustimmung der SPD: bessere Renten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zum Beispiel.
- **Ergebnis:** Sechs Monate öffnet sich die **Schere zwischen Arm und Reich** weiter. Sechs Monate ohne **Mindestlohn**, ohne gute **Renten**, ohne echte **Gleichstellung**, solidarische **Gesundheitsversorgung**, bessere **Schulen**, bezahlbares **Wohnen**, die Bändigung der **Finanzmärkte**.

▶ **Regieren geht anders. Darum kämpfen wir für den Wechsel. In sechs Monaten ist Wahl. Miteinander. Für Deutschland.**